Frage. Es geht ihm ums Prinzip – nicht um die griechische Wirtschaft oder den deutschen Steuerzahler.

Die Krise in der Ukraine ist vor diesem Hintergrund eine Gefahr und eine Gelegenheit zugleich. Der Widerstand Russlands gegen ein EU-Erweiterungsprojekt demonstriert den europäischen Staaten, dass sie selbst als Gemeinschaft gar nicht in der Lage sind, ihre Interessen militärisch abzusichern. Sie bleiben angewiesen auf die Militärmacht USA, die gegen Russland zum Teil andere Ziele verfolgt. »Fuck the EU«, dieser Satz von Präsident Obamas europapolitischer Beraterin Victoria Nuland wies den Europäern ihren geopolitischen Platz zu.

Insofern hat der Ukraine-Konflikt das Potenzial, die europäischen Staaten trotz all ihrer Konkurrenz enger aneinander zu schmieden. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee und eines gemeinsamen Militärsektors zur höchsten Priorität erhoben: »Zur Anpassung an die sich rasch ändernden Herausforderungen im Bereich der Sicherheit muss sich die EU auf zivile und militärische Fähigkeiten stützen können«, sagte er – ausgerechnet – am 8. Mai.

Gleichzeitig haben die Chefs von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank, Eurogruppe und EU-Parlament einen Plan vorgelegt, wie die Wirtschafts- und Währungsunion in den nächsten zehn Jahren »vollendet« werden kann. Teil des Plans ist eine gemeinsame »Außenvertretung«, um international »das gesamte politische und wirtschaftliche Gewicht der EU in die Waagschale zu werfen«, so die Pressemitteilung der Kommission. Dies würde zwar die weitere Abgabe von Souveränität der Staaten an die EU bedeuten. So will es die EU-Kommission aber nicht sehen. Sie sagt, es gehe nicht um die Aufgabe von Souveränität, sondern um die »gemeinsame Ausübung von Souveränität«, sprich: um die globale Macht der EU, die für die einzelnen

Kritikern von EU und Eurozone wird am Fall Griechenland und Ukraine demonstriert, dass es weder ökonomisch noch geopolitisch eine Alternative gibt zur Unterordnung unter die Gemeinschaft. Merkel im Bundestag Foto: AFP/Tobias Schwarz

EU-Staaten nur gemeinsam zu haben ist, durch Unterwerfung unter die Zentrale. So verläuft der Fortschritt Europas: Nach außen sucht die EU die Nähe zu den USA. Hierfür steht die öffentlichkeitswirksame Wiederbelebung der G7-Gipfel ohne Russland und die Stärkung der NATO. Derzeit läuft »die größte Verstärkung unserer kollektiven Verteidigung seit dem Ende des Kalten Kriegs«, warb NATO-Generalsekretär Stoltenberg. Dazu kommt der feste Willen zum Freihandelsabkommen EU-USA. Denn »TTIP könnte das wichtigste Bollwerk der transatlantischen Einigkeit seit der Gründung der NATO 1949 sein«, schrieb jüngst Jiri Sedivy, Ex-Verteidigungsminister Tschechiens. »TTIP hat das Potenzial, zur strategischen Einheit über den Atlantik beizutragen – ein Ziel, das heute so wichtig ist wie je.«

Nach innen werden die Regierungen auf Linie gebracht und wird das Diktat von Sparsamkeit und Lohnsenkungen durchgesetzt. Kritikern von EU und Eurozone wird am Fall Griechenland und Ukraine demonstriert, dass es weder ökonomisch noch geopolitisch eine Alternative gibt zur Unterordnung unter die Gemeinschaft – und deren Regeln schreibt die Bundesregierung. Wer diese Regeln anzweifelt, wie die griechische Regierung, wird in die Pleite geschickt.

Ein Austritt Griechenlands aus dem Euro würde zwar ebenfalls die Eurozone schädigen – und geopolitische Risiken beinhalten: »Kann sich Europa wirklich leisten, Athen in Moskaus Arme zu treiben?«, fragt die »Financial Times«.

Um diese Gefahr zu bannen, arbeitet man in Europas Hauptstädten auf einen Regierungswechsel in Athen hin. Es ist klar: SYRIZA muss weg. Und »Griechenland bleibt Teil Europas«, betonte Merkel.

Anmerkung: Eine Auflösung von EU oder Eurozone würde die Probleme nicht aus der Welt schaffen. Denn die Gegensätze zwischen ihren Mitgliedern existieren, weil Europa eine Ansammlung von Staaten ist, die erstens als kapitalistische Standorte gegeneinander und gleichzeitig als Gemeinschaft gegen andere Machtblöcke konkurrieren. Konstrukte wie die EU und Währungsunion schaffen diese Gegensätze also nicht, sondern sind nur der Ort, an dem sie ausgetragen werden.

Timing ist alles

Die Währungsunion soll vollendet werden. Die Frage ist, wie. Derzeit läuft es darauf hinaus, alle Eurostaaten dauerhaft auf eine neoliberale Agenda festzulegen. Von Steffen Stierle

Mitte Juni 2015 legte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker »in enger Zusammenarbeit« mit den Präsidenten von Europäischem Rat, Eurogruppe, Europäischer Zentralbank und Europäischem Parlament den Bericht »Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) vollenden«, den sogenannten 5-Präsidenten-Bericht, vor. Der darin formulierte Plan läuft auf eine autoritäre und neoliberale Vertiefung der Eurozone hinaus.

Die Vorgeschichte

Der 5-Präsidenten-Bericht ist Teil eines politischen Prozesses, der bereits seit 2012 läuft. Es geht darum, die Ad-hoc-Krisenpolitik um einen langfristigen Fahrplan zur Vertiefung der Währungsunion zu ergänzen. Auf Eurozonen-Ebene sollen dauerhaft verbindliche Strukturen geschaffen werden, mit denen die Mitgliedsstaaten auf eine Politik permanenter Ausgabenkürzungen (»Haushaltsdisziplin«) und neoliberaler Strukturreformen festgelegt werden. Eine Reihe entsprechender Maßnahmen wurde im Windschatten der Krise bereits durchgesetzt: Mit Fiskalpakt, 6-Pack und 2-Pack haben sich die Mitgliedsstaaten auf ein entsprechendes fiskalpolitisches Korsett verständigt.

Die Einrichtung von Mechanismen, die sämtliche Euroländer dauerhaft auch auf eine neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik festlegen, ist bisher nicht gelungen. Lediglich für die »Krisen-Länder« wurde durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der Grundlage für die Troika-Eingriffe, ein Weg gefunden, radikale, neoliberale Reformen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik von außen zu erzwingen. Ein solches Werkzeug für die gesamte Währungsunion sollte zuletzt der von Angela Merkel ins Spiel gebrachte Wettbewerbspakt werden. Dahinter steckte eine Art Troika-Regime für die gesamte Währungsunion (»Troika für alle«). Finanzielle Anreize sollten an neoliberale Reformen gekoppelt werden. Die Bedenken

Steffen Stierle ist Volkswirt und Mitglied im Koordinierungskreis von Attac Deutschland sowie in der Projektgruppe Eurokrise. Außerdem ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten.

gegenüber der damit einhergehenden gemeinsamen Finanzfazilität waren jedoch zu groß. Finnen und Österreicher wollten nicht für Reformen in Spanien und Portugal bezahlen. Außerdem hätte es wohl Änderungen der EU-Verträge bedurft. Eine Vertragsdebatte wollte man angesichts zunehmender politischer Instabilität und einer tiefen Legitimationskrise der EU nicht riskieren.

Der neue Präsidenten-Plan

Die fünf Präsidenten vertreten in ihrem neuen Bericht die Position, dass die Eurokrise Schwächen der WWU offengelegt habe, auf die es zu reagieren gilt. Insbesondere müsse die Lehre gezogen werden, dass gewisse Aufgaben in einer Währungsunion nur gemeinsam zu bewältigen sind. Dies gelte vor allem für die Bekämpfung von Krisen (»wirtschaftliche Schocks«) und Schulden (»nicht tragfähige Haushaltspolitik«). Deswegen brauche es eine weitere Vertiefung der Währungsunion – und zwar mit vier Säulen: eine Wirtschafts-, eine Finanz-, eine Fiskal- und eine politische Union.

Um dies zu erreichen, wollen sie in zwei Stufen vorgehen. In der ersten Stufe (bis Mitte 2017) sollen die Möglichkeiten, die der bestehende institutionelle Rahmen bietet, möglichst effektiv genutzt werden (»Vertiefung durch Handeln«). In der zweiten Stufe (bis spätestens 2025) sollen die notwendigen Vertragsänderungen durchgesetzt werden, um das neoliberale Korsett langfristig und verbindlich festzuzurren (»Vollendung der WWU«).

Damit wäre das Ziel erreicht, durch festgeschriebene Regeln alle Eurostaaten dauerhaft auf eine neoliberale wirtschafts- und sozialpolitische Agenda festzulegen. Nationale politische Prozesse wären entwertet, da sie sich nur noch innerhalb eines sehr engen, übergeordneten Rahmens bewegen könnten.

Während Stufe 1 unmittelbar in Gang gesetzt werden soll, will die Kommission mit konkreteren Vorschlägen für Stufe 2 bis zum Frühjahr 2017 warten. Dieses Timing ist kein Zufall.

Die Zustimmungswerte zur europäischen Integration sind in den letzten Jahren überall zurückgegangen, vielerorts regelrecht eingebrochen. Immer weniger verbinden die Menschen mit der EU Frieden, sozialen Fortschritt und Demokratie. Immer häufiger steht sie für Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Verarmung. Nun eine Debatte über Vertragsänderungen zu starten, könnte Vieles in Frage stellen. Erinnerungen an das Non und das Nee der Franzosen und Niederländer zur EU-Verfassung 2005 werden wach.

Mit der neuen Strategie soll daher zunächst der bestehende Rahmen soweit wie möglich genutzt werden, während Vertragsdebatten auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. So wird Zeit gewonnen, die Legitimationskrise zu überwinden. Eine Strategie dafür zeichnet sich bereits ab (siehe Kasten 1 auf der nächsten Seite).

Eine Rolle beim Timing dürfte auch die britische Debatte um einen EU-Austritt spielen. Dort wird es wohl Ende 2016/ Anfang 2017 zu einem Referendum kommen. Zuvor Vertragsänderungen anzustreben, würde britische Vorschläge auf die Tagesordnung rufen, die auf eine Flexibilisierung der EU und weitere »Britenrabatte« hinauslaufen.

Die Wirtschaftsunion – Sozialabbau & Entpolitisierung

Die Präsidenten geben als wirtschaftspolitische Ziele u.a. an, die Sozialsysteme zu modernisieren, Strukturreformen durch-

zuführen (u.a. Produkt- und Arbeitsmärkte) und die Arbeitsmobilität zu erhöhen (S. 8). Diese Stichworte entlarven das neoliberale Konstrukt:

- Sozialsysteme modernisieren ist EU-Sprech für das, was gemeinhin als Sozialabbau bezeichnet wird (Renteneintrittsalter erhöhen, um die demographische Entwicklung zu berücksichtigen; Arbeitslosengeld kürzen, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen etc.).
- Strukturreformen durchführen heißt heute Deregulierung und Liberalisierung. Produktmärkte reformiert man u.a. durch eine Senkung von Umweltstandards, Arbeitsmärkte durch eine Lockerung des Kündigungsschutzes etc.
- Arbeitsmobilität erhöhen heißt, den Arbeitnehmern abzuverlangen, immer dort hinzugehen, wo es einen Job für sie gibt. Lebensplanung, Familie, soziale Nahbeziehungen etc. sollen den Bedürfnissen der Wirtschaft untergeordnet werden.

In diese Richtung soll in Stufe 1 u.a. durch eine Reform des Verfahrens gegen makroökonomische Ungleichgewichte gegangen werden. Dabei handelt es sich um eines jener Verfahren, in dem bereits heute durch Sanktionen Druck auf einzelne Mitgliedsstaaten ausgeübt werden kann. Der Präsidenten-Vorschlag sieht vor, diese Sanktionen künftig anzuwenden, wenn ein Land nicht schnell genug die von der Kommission »empfohlenen« Reformen umsetzt.

Zudem sollen unabhängige Stellen zur Kontrolle der Lohnentwicklung geschaffen werden, um sicherzustellen, dass die Löhne nicht schneller als die Produktivität wachsen. In der Tendenz würde damit die Lohnpolitik entpolitisiert werden. Eine Hochlohnpolitik soll so unabhängig vom Mandat der jeweiligen Regierung unterbunden werden.

Ab Mitte 2017 soll all das im EU-Recht formalisiert, sprich: dauerhaft, verbindlich und faktisch unabänderbar gemacht werden (Stufe 2).

Die Finanzunion – Bankenrettung auf Kosten der Steuerzahler

Die höchste Priorität im Bereich der Finanzpolitik legen die Präsidenten auf die Richtlinie zur Abwicklung & Sanierung von Banken sowie den gemeinsamen Abwicklungsfonds. Die Richtlinie soll regeln, wer künftig was bezahlt, wenn eine Bank pleitegeht. Der Fonds soll von den Banken selbst gefüllt werden, um die Abwicklung von Pleitebanken zu finanzieren. Durch diese Maßnahmen, so verkünden es die Präsidenten, soll erreicht werden, dass künftig nicht mehr die Steuerzahler für Bankenpleiten haften.

Das Gegenteil wird geschehen: Beim Abwicklungsmechanismus ist eine sogenannte Haftungskaskade vorgesehen, nach der Eigentümer und Gläubiger der betroffenen Bank lediglich mit acht Prozent der Verbindlichkeiten herangezogen werden. Den Rest übernimmt weiterhin der Steuerzahler. Hinzu kommt: Der von den Banken zu füllende Abwicklungsfonds fällt mit 55 Milliarden Euro lächerlich klein aus. Zum Vergleich: In den Krisenjahren 2008 bis 2011 sind die Steuerzahler Europas mit 1.600 Milliarden für die Banken eingesprungen. Abwicklungsmechanismus und Abwicklungsfonds werden daher nicht dazu führen, dass Steuerzahler künftig nicht mehr für Banken haften. Vielmehr schreiben sie die Absicherung riskanter Spekulationsgeschäfte durch die Allgemeinheit dauerhaft fest.

Darüber hinaus wollen die Präsidenten den »Startschuss für eine Kapitalmarktunion« geben (S. 14). Anleihe- und Aktienmärkte sollen stärker europäisiert werden. Sämtliche Vorschläge hierzu laufen auf eine weitere Deregulierung des Finanzsektors hinaus.

Die Finanzunion würde so einen äußerst attraktiven Rahmen für Spekulanten bieten: Durch den integrierten Kapitalmarkt werden neue, renditeträchtige Anlagemöglichkeiten geschaffen. Zugleich wird durch die Abwicklungsregeln sichergestellt, dass die Steuerzahler auch in Zukunft einspringen, wenn etwas schief läuft.

Die Fiskalunion – Troika für alle

Unter dem Stichwort der Fiskalunion wollen die Präsidenten zunächst bis 2017 das fiskalische Korsett aus 6-Pack, 2-Pack und Fiskalpakt noch enger spannen. Hierzu soll eine neue Institution geschaffen werden: der Europäische Fiskalausschuss. Dieser hätte vorerst eine beratende Funktion, mittels derer er Einfluss auf die öffentliche Meinung nehmen soll. Die Einrichtung einer solchen Institution würde den Beginn der Entpolitisierung und Technokratisierung der Fiskalpolitik bedeuten. Schließlich soll der Ausschuss unabhängig sein, sprich: frei von demokratischer Kontrolle.

Wichtiger sind jedoch die Pläne für Stufe 2. Hier kommt die »Troika für alle« – Idee zum Tragen. Um Krisen künftig mit vereinter Kraft zu bekämpfen, soll ein gemeinsamer Mechanismus zur Abwehr ökonomischer Schocks eingerichtet werden (siehe Kasten 2). Zu diesem soll allerdings nur Zugang bekommen, wer sich zu bestimmten Reformprozessen verpflichtet. Diese Reformprozesse sollen durch einen Konvergenzrahmen definiert werden, der verbindlich in die EU-Verträge aufgenommen wird.

Mit dem Konvergenzrahmen soll eine »automatische Stabilisierung [der Haushalte] auf Ebene des Euro-Währungsgebietes« (S. 17) gewährleistet werden. Sprich: Künftig sollen bestimmte fiskalische Maßnahmen (Ausgabenkürzungen, Veränderungen der Steuersätze etc.) automatisiert – und damit unabhängig von politischen Entscheidungen – ausgelöst werden, wenn eine bestimmte Entwicklung der Staatsverschuldung eintritt. Die Folgen wären auch hier die Festlegung auf einen neoliberalen Kurs, unabhängig von Wahlergebnissen, sowie die Ersetzung politischer Entscheidungen durch automatisierte Prozesse.

Die politische Union – ein autoritärer Governance-Rahmen

Die Präsidenten argumentieren, dass ein höheres Maß an europäischer Integration auch eine »verbesserte demokratische und politische Rechenschaftspflicht« verlange (S. 19). Klingt plausibel. Die entsprechenden Vorschläge der Präsidenten haben jedoch wenig mit Demokratisierung zu tun.

Die Vorschläge für Stufe 1 zielen darauf ab, Gremien ohne demokratische Legitimation zu stärken und die parlamentarischen Mitsprachrechte durch reine Informationsrechte zu ersetzen. So sollen die interparlamentarische Zusammenarbeit und das Recht der nationalen Parlamente, Kommissare einzuladen, gestärkt werden. Zudem sollen sie »in der Regel« besser in die Gestaltung der Reformprozesse einbezogen werden. All das deutet jedoch reine Informations- und bestenfalls Abnickrechte an. Tatsächliche Entscheidungsgewalt sieht anders aus. Wirklich gestärkt werden soll indes die Eurogruppe, also jenes informelle Gremium, das sich zuletzt im Rahmen der Griechenland-Verhandlungen als besonders demokratieuntauglich erwiesen hat. Diese Gruppe soll stärkere Entscheidungskompetenzen und eine bessere Ausstattung mit finanziellen Mitteln erhalten.

In Stufe 2 soll dann ein institutioneller Rahmen auf Eurozonen-Ebene geschaffen werden, in dem all die ad hoc entstandenen Regeln und Vereinbarungen der letzten Jahre dauerhaft festgezurrt werden und der es der Währungsunion ermöglicht wird, international stärker »mit einer Stimme« zu sprechen. Dazu gehören u.a. die Überführung von ESM und Fiskalpakt in EU-Recht, eine weitere Stärkung der Eurogruppe durch die Einsetzung eines hauptamtlichen Präsidenten sowie die Schaffung eines Euro-Finanzministeriums (S. 19f.). All das läuft auf eine weitgehende Machtkonzentration auf Ebene der Währungsunion hinaus – einer Ebene, die demokratisch noch schwächer legitimiert und kontrolliert ist als die EU.

Neuer Euro-Diskurs notwendig

Der Präsidenten-Plan ist ambitioniert. Geht er auf, entsteht bis 2025 eine eng gezogene Governance-Struktur auf Ebene der Währungsunion, die die nationalen Politikprozesse entwertet und alle Beteiligten dauerhaft auf einen neoliberalen Kurs festlegt. An die Stelle demokratischer Kontrolle würden Technokratentum und Automatisierung treten. In diesem System des autoritären Neoliberalismus wären die Spielräume für linke Politik extrem begrenzt, wenn nicht beseitigt.

Womöglich ist der Plan aber auch überambitioniert. Wenn es 2017 zu einer Vertragsdebatte kommt, könnte es schwierig werden. Die Frage nach mehr EU-Integration stünde dann unmittelbar auf der Agenda und muss womöglich nationale Verfassungsänderungsprozesse und Volksabstimmungen überstehen. Das Non und das Nee zur EU-Verfassung haben gezeigt, dass solche Auseinandersetzungen von links gewonnen werden können.

Jedoch müsste die gesellschaftliche Linke ihren EU- bzw. Euro-Diskurs sachlich und nüchtern weiterentwickeln. Statt visionär auf ein anderes Europa zu setzen, braucht es eine scharfe Analyse des Charakters der EU. Europa geht anders, ja. Aber die Währungsunion womöglich nicht. Erst recht nicht die vollendete Wirtschafts- und Währungsunion, wie sie Juncker & Co. vorschwebt. Die ist ein durch und durch neoliberales, anti-demokratisches Projekt, das einem anderen Europa, das von unten aufgebaut werden muss, im Weg steht.

Wider die Legitimationskrise

Mit der Europawahl 2014 wurde eine Phase eingeleitet, in der es darum geht, die Legitimationskrise der EU zu überwinden. Dies ist notwendig geworden, weil bald Integrationsschritte anstehen, die Vertragsänderungen voraussetzen und somit nicht an der Bevölkerung vorbei umgesetzt werden können.

Im Zentrum dieser Strategie zur Rückgewinnung der Legitimation steht die EU-Kommission. Zuerst wurde mit großem Tam-Tam das Europäische Parlament als zentraler Akteur bei der Besetzung des Postens des Kommissionspräsidenten präsentiert, um den Eindruck zu vermitteln, dass diese Personalie das Ergebnis eines demokratischen Prozesses ist.

Seither hat die Kommission unter Juncker ihre Kommunikationspolitik deutlich verändert. Auffällig ist in den einschlägigen Papieren die relativ starke Betonung der Ziele, soziale Kohäsion zu stärken und EU-Politik stärker demokratisch zu legitimieren. Unter Barroso sind diese Ziele immer weiter in den Hintergrund gerückt und irgendwann verschwunden. Hinter dieser Entwicklung steht kein Kurs-, sondern ein Strategiewechsel. Juncker steht ebenso wie Barroso für eine neoliberale, autoritäre EU. Das zeigt sein Vorschlag zur Vollendung der WWU ebenso wie seine frühere Rolle als Chef der Eurogruppe.

Auch die Erweiterung von einem 4-Präsidenten-Prozess zu einem 5-Präsidenten-Prozess durch die Einbindung von Martin Schulz, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, ist Teil dieser Strategie.

Der Mechanismus zur Schockabwehr

Dem gemeinsamen Mechanismus zur Abwehr ökonomischer Schocks kommt im Konzept der Präsidenten eine Schlüsselrolle zu. Der Zugang zu diesem Mechanismus – bzw. dessen Verweigerung – ist der Hebel, mit dem sämtliche Eurostaaten dazu gebracht werden sollen, sich einem verbindlichen, neoliberalen Regelwerk unterzuordnen.

Dem Bericht zufolge könnte der Mechanismus auf einer Verstetigung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI, Investitionsoffensive) aufbauen. Bisher ist diese Initiative auf drei Jahre begrenzt. In diesem Zeitraum sollen 21 Milliarden Euro öffentlicher Gelder EU-weit investiert werden, wodurch, so die Hoffnung der Kommission, insgesamt Investitionen in Höhe von 315 Milliarden Euro ausgelöst werden. Dieser Hebel soll dadurch entstehen, dass die öffentliche Hand bei großen Projekten vor allem die risikobehafteten Teile übernimmt und so den Privaten sichere und zugleich renditeträchtige Anlagemöglichkeiten eröffnet. Der EFSI folgt damit der Logik: Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren.

Die Idee der Präsidenten besteht nun darin, künftig die wirtschaftlichen Impulse der Investitionen auf Euroländer zu konzentrieren, die a) unter einem krisenhaften Schock leiden und b) neoliberale Strukturreformen im Sinne des Konvergenzrahmens umsetzen.